

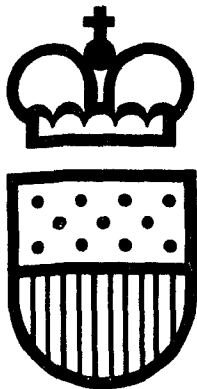
AZ - FL-9494 Schaan

Freitag/Samstag,
28./29. März 1980

113. Jahrgang - Nr. 59

Erscheint Montag, Dienstag,
Mittwoch, Donnerstag
und Freitag/Samstag als
Wochenendausgabe

Liechtensteiner



Jeden Donnerstag
an alle Haushaltungen

Volks

Blatt

Redaktion: Telefon (075) 2 42 42 / 43

mit den amtlichen Publikationen

Einzelpreis: 60 Rp.

Es ist nicht leicht,
leichtere und schönere Tages- und
Nachtwäsche zu finden.
Beachten Sie unser Schaufenster
in der
Kaufin-Passage



Jeden Freitag Abendverkauf

Dr. Ernst Büchel (FBP) zur Landtagseröffnung:

Warnung vor wachsender Bürokratisierung!

Gegen einen reglementierenden Staat mit überdimensionierter Verwaltung

Die Eröffnungssitzungen des Landtages werden jeweils vom ältesten Abgeordneten im Plenum geleitet. Es gehört zum Ablauf dieser Sitzungen, dass der Alterspräsident nach S. D. dem Landesfürsten seinerseits einige grundsätzliche Gedanken zu aktuellen, politischen Fragen äussert. In der laufenden Legislaturperiode fällt diese Aufgabe jeweils dem FBP-Abgeordneten Dr. Ernst Büchel zu.

Dr. Ernst Büchel griff in seiner Rede zur Landtagseröffnung am Mittwoch vormittag ein Thema auf, das viele Liechtensteiner bewegt: die wachsende Bürokratisierung der

Verwaltung. Lesen Sie nachstehend die im VOLKSBLATT vom Donnerstag angekündigten Passagen aus dieser Ansprache:

«Wir, die Abgeordneten, wenden uns nun nach der feierlichen Eröffnung des Landtages wieder unseren Aufgaben zu. Ich verzichte auf eine Aufzählung der zu erledigenden Geschäfte und will stattdessen von der Gefahr der fortschreitenden Bürokratisierung sprechen.

Die Staatsverwaltung ist im Laufe der Jahre gewachsen, teils weil der Staat neue Aufgaben übernehmen musste, und teils weil uns die Schaffung neuer Aemter dadurch leicht gemacht war, dass reichliche Geldmittel zur Verfügung standen, um die Kosten der wachsenden Staatsverwaltung zu bezahlen.

Ueberdimensionierte Verwaltung

Der Gefahr einer überdimensionierten Staatsverwaltung müssen wir mit ganzer Kraft entgegenwirken. Ein solches Wort klingt schön, aber der Kampf gegen die stetig wachsende Bürokratie ist schwer und mühsam. Ausser Zweifel steht, dass wir eine effiziente Staatsverwaltung brauchen. Unsere Staatsbejahung gilt ja auch der Staatsverwaltung. Jeder Staatsverwalter wohnt aber ein eigengesetzliches Wachstum inne. Den daraus drohenden Gefahren zu wehren, ist sicherlich der Wille aller. Doch genügt hiezu weder ein politisches Zauberwort, noch die Bestellung einer Kommission, noch eine einzelne Handlung. Vielmehr bedarf es des stetigen und mühsamen Kampfes aller Verantwortlichen.

Kosten-Nutzen-Frage

Sooft die Verantwortlichen sich vor die Frage der Ordnung einer Materie gestellt sehen, müssen sie prüfen, ob Bürger, Wirtschaft und Gesellschaft in der Lage sind, die Angelegenheit selber zu regeln, oder ob es unumgänglich ist, dass der Staat die neue Aufgabe übernimmt. Uebernimmt der Staat eine bestimmte Aufgabe, so müssen die Verantwortlichen weiters prüfen, wie die Aufgabe ohne grosse administrative Umtriebe wirksam durchgeführt werden kann, und ob die Kosten einer Massregel allenfalls grösser sind als der allgemeine Nutzen. Hier treten allerdings die ersten Schwierigkeiten auf; der eine



«Der offensichtlichen Gefahr einer überdimensionierten Staatsverwaltung müssen wir mit aller Kraft entgegenwirken»: Dr. Ernst Büchel (FBP) anlässlich der Eröffnungssitzung des Landtages.

(Bild: Xaver Jehle)

glaubt, die Sache regle sich von selber; der andere sieht nur die Möglichkeit staatlicher Vorschriften. Die Verantwortlichen dürfen die Mühen nicht scheuen, denn sie müssen einen reglementierenden Staat mit überdimensionierter Verwaltung verhindern, der den Menschen

hemmen, dessen Kräfte lähmen und eine fatalistische Stimmung wecken würde. Eine Lähmung des Menschen auf geistigem und technisch-wirtschaftlichem Gebiet hätte katastrophale Folgen. Werden nämlich die Produktivkräfte eines Volkes gelähmt, so ist der wirtschaftliche und soziale Niedergang unvermeidlich. Zu der allgemeinen Not käme noch, dass das Volk die finanzielle Last einer überdimensionierten Staatsverwaltung zu tragen hätte.

Dem Bürger Vertrauen schenken

Auch wenn die Regierung die Aufgabe der Organisation der Staatsverwaltung hat und somit die Hauptverantwortung für eine möglichst kleine, aber doch effiziente Staatsverwaltung trägt, so können wir Abgeordnete uns doch nicht der Verantwortung entziehen, denn uns stehen die Mittel der Gesetzgebung, der Finanzhoheit und der Kontrolle zu. Wir müssen uns sowohl bei der Beratung der Gesetze als auch bei der Bewilligung der finanziellen Mittel vermehrt auf die wesentlichen Aufgaben des Staates besinnen und einerseits bereit sein, dem Bürger Vertrauen zu schenken — dem Menschen ist das Prinzip des rechten Handelns in die Seele gelegt —, und andererseits willens sein, dem Bürger Aufgaben zu belassen und zuzumuten, die selber zu bewältigen er die Kraft hat.

Ist nicht manches auch Leerlauf?

Der Staat muss die persönliche, geistige und wirtschaftliche Freiheit des Menschen sichern, den kranken, alten, gebrechlichen und wirtschaftlich schwachen Menschen durch eine soziale Ordnung schützen, das Zusammenleben der Menschen ordnen, für den Rechtsschutz sorgen und die Natur vor der Zerstörung bewahren usw. Dies erheischt viele staatliche Regelungen. Doch müssen wir uns fragen, ob alles notwendig ist, was wir beschliessen, ob nicht manches Leerlauf ist, Aktivität um der Aktivität willen. Hüten wir uns vor dem Glauben, alles regeln zu können und alles regeln zu müssen. Hüten wir uns auch vor idealistischem Uebereifer und vor der Neigung zum Perfektionismus, denn nicht selten sind es die Gralshüter selber, die den heiligen Gral zerstören. Dies gilt auf allen Gebieten des Lebens. Schliesslich müssen wir darauf achten, dass wir bei dem vielen Gelde nicht den Sinn für das einem kleinen Staate Gemässe verlieren.»

Beschlüsse in der Gemischten Kommission

Ausländer-Problematik

(p.) - In ihrer 5. Sitzung hat sich die im Januar dieses Jahres aufgrund interfraktioneller Gespräche paritätisch gebildete, Gemischte Kommission, eingehend mit der Gesamtproblematik des Ausländerproblems befasst. Diese Beratungen erfolgten auch im Zusammenhang mit der Erörterung von Bürgerrechtsfragen, welche an den früheren Sitzungen erfolgten. Aufgrund einer in der Gemischten Kommission erarbeiteten, gemeinsamen Basis, hat die Regierung hinsichtlich der Bürgerrechtsfragen (Einbürgerung alteingesessener Ausländer, Rechtsstellung von Liechtensteinern, die nicht in ihrer Heimatgemeinde wohnen) bereits vor einiger Zeit Gesetzesentwürfe in die Vernehmlassung gegeben.

● Die Gemischte Kommission hat festgehalten, dass das Ausländerproblem in seiner Gesamtheit betrachtet und auch gelöst werden soll. Der sich ebenfalls in Vernehmlassung befindlichen Verordnung über den Zuzug von Ausländern nach Liechtenstein, wie auch Gespräche mit der Schweiz über den Zuzug der beiderseitigen Staatsangehörigen kommt nach Auffassung der Gemischten Kommission grosse Bedeutung zu.

Aufgrund der Beratungen in der Gemischten Kommission, sind entsprechende Regierungsbeschlüsse in nächster Zeit zu erwarten. Die Regierung wird auch die Gesamtproblematik dieser Angelegenheit mit den Wirtschaftsverbänden eingehend erörtern.

Diesen Samstag in Vaduz:

Ostereier-Verkauf

Die Vaduzer Trachtenfrauen haben auch heuer wieder viele Ostereier in mannigfaltiger Art und Weise gefärbt und verziert und bieten diese am Samstag, 29. März, ab 13 Uhr, beim Rathaus zum Verkauf an. Der Erlös aus diesem Ostereier-Verkauf wird für die Anschaffung von Trachten verwendet. Wer schöne bunte Ostereier sehen und kaufen will, lasse sich diese Gelegenheit nicht entgehen.

Politiker lesen manches anders

Bildungspolitik und weitere Themen des Pressegesprächs vom Mittwoch

Nach Meinung des scheidenden Präsidenten der Maturakommission, Dr. med. David Büchel, haben die Lehrer am Liechtensteinischen Gymnasium (LG) die zwischenmenschlichen Beziehungen eines jeden Schülers eher verbaut als gefördert. Die harte Kritik Dr. Büchels, auf die wir bereits im VOLKSBLATT vom Mittwoch eingingen, setzt grosse Fragezeichen: nicht nur hinter das Ausbildungskonzept am LG, sondern hinter unsere Bildungspolitik im allgemeinen. Dies ist jedenfalls unsere Meinung und offenbar auch die Meinung der Lehrerschaft am LG, die in einem umfangreichen Beitrag auf Seite 19 der heutigen Ausgabe Stellung zu den Ausführungen des Maturakommissions-Präsidenten nimmt («Funktionäre des Lehrauftrages» wehren sich). Differenzierter als die Lehrer sieht das Problem der

Regierungschef, Hans Brunhart beim Pressegespräch vom Mittwoch sinngemäss: «Politiker lesen solche Ansprachen anders und reagieren mitunter auch anders als Lehrer».

Obwohl der heutige Regierungschef, der das Bildungsressort schon seit 1974 verantwortlich leitet, die Aussagen des Maturakommissions-Präsidenten nicht in allen Punkten teilt auch in bezug auf deren Inhalt (Frage nach dem Scheitern unserer Bildungspolitik) nicht die gleichen Schlüsse zieht, wie das VOLKSBLATT, will er doch schon in früheren Aeusserungen zum gleichen Thema auf ähnliche Schwächen hingewiesen haben, wie sie Dr. Büchel aufzeigte. Kritik wie sie Dr. David Büchel am Bildungssystem als solchem übte und für das sich Regierungschef Brunhart wenig

stens «mitverantwortlich» fühlt, hörte man auch schon aus Voten des FBP-Landtagsabgeordneten Armin Meier im vergangenen Jahr heraus. Der Regierungschef wird sich hier wohl der öffentlichen Diskussion stellen müssen. Es wäre vielleicht auch an der Zeit, wenn er seine inzwischen schon bekannte «Sowohl-als-auch-Haltung» zu Gunsten einer Politik mit klareren Konturen verlassen würde: auch im Bildungswesen.

Weitere Themen

Weitere Themen des März-Pressegesprächs waren der Ausländerfrage (siehe Kasten in dieser Ausgabe), dem bevorstehenden Besuch des deutschen Justizministers und der Frage des Boykotts der Olympischen Sommerspiele in Moskau gewidmet. Mehr darüber in den nächsten VOLKSBLATT-Ausgaben. (wbw)

IM DIENST

Rettungsdienst LRK

Telefon 2 44 55
24-Stunden-Dienst für Unfall- und Krankentransporte

Ärztlicher Dienst

ab Samstag 12.00 Uhr:

Dr. N. Brunhart
Schaan Telefon 2 32 31

Zahnärztlicher Dienst

Samstag 17.00 — 18.00 Uhr

Sonntag 10.00 — 12.00 Uhr

Praxis Dr. Norman Meier
Vaduz Telefon 2 75 55
Rhätikonstrasse 31

Fürsorgeamt

Notfalldienst

Telefon 3 13 22
vom 28.—31. März 1980

Apothekendienst

Schlossapotheke
Vaduz Telefon 2 10 75
9.30—11.00 Uhr

Garagendienst

ab Samstag 12.00 Uhr:

Andreas Frommelt AG
Vaduz Telefon 2 16 68

Landverband

Delegiertenversammlung in Vaduz

Einen herzlichen Willkommgruss anbieten wir den dreihundert Delegierten des Landverbandes St. Gallen, die diesen Samstag um 9.30 Uhr im Vaduzer Saal ihre ordentliche Delegiertenversammlung abhalten. Zum Landverband gehören alle landwirtschaftlichen Genossenschaften, die in den Kantonen St. Gallen, Appenzell, Glarus, Schwyz und im Fürstentum Liechtenstein ihren Sitz haben. Der Liechtensteiner Bauernverband ist schon seit 1923 Mitglied des Landverbandes. Wir wünschen den Delegierten einen erfolgreichen Tagungsverlauf und einen angenehmen Aufenthalt in Liechtenstein.

Schulzentrum Resch, Schaan:

Diplomfeier

Fähigkeitsausweise an die Kandidaten der Kaufm. Berufsschule Buchs

Rund 300 Kandidaten der Kaufmännischen Berufsschule Werdenberg-Liechtenstein, davon etwa die Hälfte aus unserem Land, werden diesen Samstag abend im Rahmen der Diplomfeier im Schulzentrum Resch in Schaan ihre Fähigkeitsausweise erhalten. Dem Anlass, der um 19.30 Uhr beginnt, wohnen Behördenmitglieder aus Liechtenstein und der Schweiz bei. Ebenso werden die meisten der etwa 100 Experten anwesend sein. Für die musikalische Umrahmung des Festaktes sorgt die Jugendmusik aus Eschen.

